

## **Redebeitrag zur Haushaltsberatung des Stadtrates am 11.12.2023 von Fraktionsvorsitzender Nadja Lösch**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, werte Beigeordnete, liebe Stadträt:innen, liebe Gäste,

Herr Hempel hat gerade auf die Herausforderungen in der Personalsituation hingewiesen. Ich möchte genau da anschließen. Denn mal abgesehen davon, dass es für diejenigen, die in den unterbesetzten Abteilungen arbeiten und bei den Mehrbelastungen dann selbstverständlich einen hohen Krankheitsstand mit sich bringen, hat dieser Zustand für die Einwohner:innen Magdeburg noch ganz andere Auswirkungen. Was passiert, wenn der Antrag für das Mittagessen im Rahmen von Bildung und Teilhabe nicht bearbeitet wird? Die betreffenden Kinder in den Kitas bekommen kein Mittagessen.

Das ist der 5. Haushalt, den ich im Rahmen meiner Stadtratstätigkeit mit beschieße und die 3. Haushaltrede, die ich halten darf. Und in jeder einzelnen dieser Reden und auch in diversen Sitzungen habe ich immer wieder auf einen Aspekt hingewiesen:

Die steigenden Kosten bei den Hilfen zur Erziehung. Wir staunen jetzt alle wieder, wie hoch diese tatsächlich sind und ärgern uns, weil sie einen maßgeblichen Teil zur traurigen Situation unseres Haushalts beitragen und dann vergessen wir das wieder so lange, bis wir Mitte des Jahres nochmal eine Steigerung beschließen, regen uns auf, wundern uns und machen alles so weiter wie bisher.

Es sind aber nicht die Zahlen, die uns so ärgern sollten, sondern wir müssen uns bewusst machen, dass hinter diesen Zahlen Menschen stehen; Familien, in herausfordernden Lagen; Kinder, die dringend Unterstützung brauchen. Und dass die Zahlen immer höher werden, zeigt uns nur eins: wir lassen Menschen seit Jahren im Stich. Es ist unsere Aufgabe als Kommune, als Stadträt:innen und Verwaltung, dafür zu sorgen, dass alles dafür getan wird, dass Kinder und Familien bestmöglich unterstützt werden.

Dafür braucht es langfristige Konzepte zu Prävention. Und diese beginnt eben auch beim (zeitnah) bewilligten Antrag für Mittagessen im Rahmen von Bildung und Teilhabe. Es braucht Bildungs- und Erziehungspartnerschaften mit Eltern und Erziehungsberechtigten. Es braucht eine Verstetigung der Projekte wie Kita- und Schulsozialarbeit an jeder Bildungseinrichtung unabhängig von Bundes oder Landesprojekten. Dafür hätten wir im Vorfeld der Haushaltskonsolidierung vieles tun können. Stattdessen wurde und wird lieber in unzureichend geplante Baumaßnahmen investiert, was mein Co-Vorsitzender eben ausführte.

Aber nicht nur in dem Bereich hätte früher reagiert werden können. Auch bei den Kosten zur Unterkunft. Die Verwaltung reagiert auf steigende Mieten nur mit einer Anpassung der KDU Richtlinie. Die KDU Richtlinie ist Grundlage, auf der sich Menschen mit wenig finanziellen Mitteln und geringem Einkommen eine Wohnung suchen können. Vor Jahren hätte schon in sozialen Wohnungsbau als wichtiger Baustein der Stadtentwicklung investiert werden müssen.

Ein weiteres Thema, das uns als Linke wichtig ist, ist die Zukunft unseres Klinikums. Es muss in städtischer Hand bleiben, und zwar nicht nur, wegen den unabsehbaren Risiken und Folgekosten, sondern vor allem wegen des drohenden Abbaus von

Behandlungskapazitäten. Und nicht zuletzt: weil wir den Mitarbeitenden des Klinikums zuhören -die wollen keine Fusion. Die sind teilweise nur noch da, weil das Klinikum eben in städtischer Hand ist.

Folgendes möchte ich zu unseren Änderungsanträgen ergänzen:

Wir sehen natürlich die mehr als angespannte Situation und legen daher den Fokus auf die Menschen in dieser Stadt. Manche Ausgaben sind schlichtweg unnötig. So zum Beispiel die Gelder für die Ottostadtkampagne. Diese sollte sich ursprünglich und inzwischen auch seit langer Zeit schon selbst refinanzieren. Das ist nicht passiert. Selbst wenn man der gesamten Kampagne nicht so kritisch gegenübersteht wie wir oder sie nicht so lächerlich und rückständig findet wie ich, muss man zugeben, dass das tatsächlich Mittel sind, die anderweitig besser - und zwar bei den Menschen selbst - eingesetzt wären.

Zusätzlich zur Streichung der Ottostadtkampagne, sind von uns auch Anträge zur Kürzung von Reisekosten. Auf diese wurde durch die Verwaltung reagiert, sodass wir sie zurückziehen werden.

Den Anpassungen zu den Eintrittsgeldern (oder wahrer gesagt) der "Erhöhung" der Eintrittsgelder, werden wir nur zustimmen, wenn unser Änderungsantrag zur gleichzeitigen Anpassung der Otto-City-Card eine Mehrheit bekommt. Denn gerade finanziell schwächere Familien dürfen nicht die Leidtragenden von Sparmaßnahmen sein.

Letztes Jahr haben wir hier einen Sozialfond beantragt, aus denen Menschen in herausfordernden finanziellen Situation Unterstützung bekommen können. Dieser wurde abgelehnt und erfuhr auch von Seiten der Verwaltung nicht viel Unterstützung. Umso mehr haben wir uns gefreut, dass Frau Borris nun ihre Position dazu geändert hat und selbst den Sozialfond auf Spendenbasis öffentlich unterstützt. Wir möchten diesen nun mit einem kleinen finanziellen Grundstock von 10.000 Euro ausstatten.

Insgesamt ist uns auch dieser Haushaltsentwurf nicht sozial ausgewogen genug. Einmal mehr werden falsche Prioritäten gesetzt. Besonders in Zeiten von Krisen müssen wir gemeinsam für die Menschen eintreten, die am meisten unter diesen Krisen zu leiden haben. Ob wir diesem Haushalt nachher zustimmen werden, machen wir davon abhängig, ob er mit Hilfe von Änderungsanträgen unseren Anspruch an soziale Gerechtigkeit zumindest etwas ausbalancierter wird.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit,

Nadja Lösch  
Fraktionsvorsitzende